

Zugewanderte Fachkräfte leben oft in den Stadtstaaten und im Süden

Wido Geis-Thöne, 24.04.2026

Während in den Stadtstaaten, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern zwischen 16 Prozent und 21 Prozent der Gesamtbevölkerung im Alter zwischen 25- bis 64 Jahren Personen auf zugewanderten Personen mit beruflichen oder hochschulischen Abschlüssen entfällt, sind es in ostdeutschen Flächenländern nur zwischen 6 Prozent und 8 Prozent.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist die deutsche Wirtschaft in zunehmendem Maß auf Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen, um ihre Leistungsfähigkeit zu erhalten und damit letztlich auch den Wohlstand der Bevölkerung zu sichern. Gleichzeitig benötigt der Staat zusätzliche Nettozahler von Steuern und Abgaben, um sein Leistungsspektrum in der jetzigen Form weiterhin zu finanzieren. Dies betrifft insbesondere die gesetzliche Renten- und Krankenversicherung, bei denen die Ausgaben mit der zunehmenden Anzahl älterer Menschen in Deutschland stark steigen.

Würde in den nächsten Jahren keine Zuwanderung nach Deutschland erfolgen, dürfte der Anteil der Personen im Kernerwerbsalter zwischen 25 und 64 Jahren an der Gesamtbevölkerung – jüngere Erwachsene befinden sich häufig noch in Ausbildung – bis zum Ende des Jahres 2034 auf nur noch 49,4 Prozent zurückgehen. Zum Ende des Jahres 2024 waren es noch 53,4 Prozent und zehn Jahre zuvor im Jahr 2014 sogar 55,1 Prozent. Gleichzeitig ist der Anteil der älteren Personen ab einem Alter von 65 Jahren zwischen den Jahren 2014 und

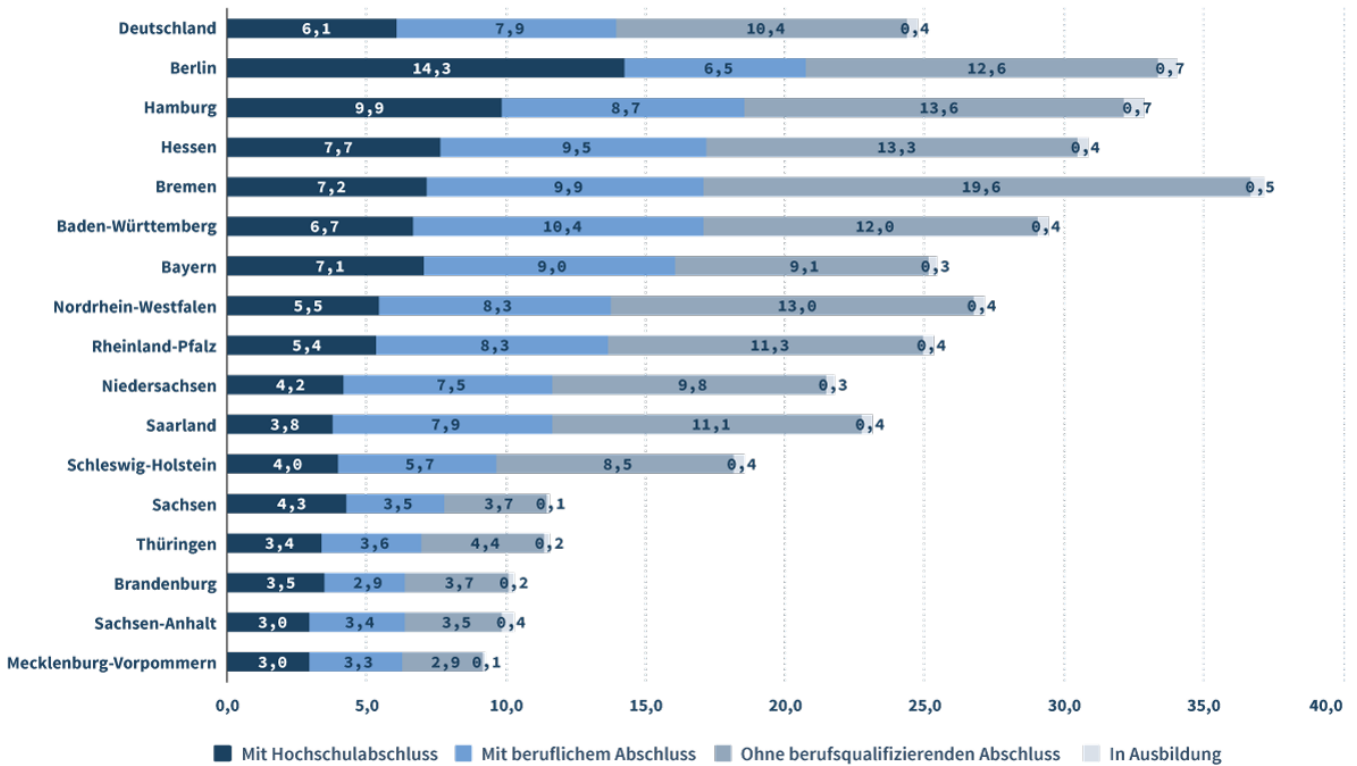
2024 von 21,0 Prozent auf 22,7 Prozent gestiegen und wird bis Jahr 2034 ohne Zuwanderung einen noch weit höheren Stand von 28,2 Prozent erreichen (Statistisches Bundesamt, 2026a; eigene Berechnungen).

Allerdings ist die Lage regional sehr unterschiedlich. In Hamburg lag der Anteil der 25- bis 64-Jährigen an der Bevölkerung im Jahr 2024 noch bei 57,2 Prozent und in Berlin waren es 56,9 Prozent. An dritter Stelle folgte Bayern mit 54,3 Prozent und an vierter Stelle Hessen mit 53,9 Prozent. Hingegen lagen Sachsen mit 50,2 Prozent, Thüringen mit 50,3 Prozent und Sachsen-Anhalt mit 50,4 Prozent nur noch leicht über dem Niveau, das ohne Zuwanderung für Deutschland insgesamt in zehn Jahren zu erwarten wäre. Ursächlich hierfür ist vorwiegend eine andere langfristige Entwicklung der Geburten als im Westen. Hinzukommen aber auch geringere Bevölkerungsgewinne durch Zuwanderung (Statistisches Bundesamt, 2026a; eigene Berechnungen).

Im Jahr 2024 lag der Anteil der nicht im Inland geborenen Personen an der Bevölkerung im Alter zwischen 25 und 64 Jahren bei 24,8 Prozent. Fast jeder Vierte im Kernerwerbsalter war also im Lauf seines Lebens aus dem Ausland zugezogen. Für Bremen ergibt sich sogar ein Zuwanderanteil von 37,3 Prozent und Berlin kommt mit 34,0 Prozent ebenfalls auf über ein Drittel. Hingegen sind es in Mecklenburg-Vorpommern mit 9,3 Prozent und in Brandenburg und Sachsen-Anhalt mit jeweils 10,3 Prozent weniger als ein Neuntel (Abbildung).

Zugewanderte Personen nach Bildungsstand in den Bundesländern

Anteile an den Gesamtbevölkerungen der Länder im Alter zwischen 25 und 64 Jahren im Jahr 2024 in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt, 2026b; eigene Berechnungen

Allerdings gestaltet sich die Integration von niedrigqualifizierten Zugewanderten in den deutschen Arbeitsmarkt teilweise etwas schwieriger und bislang bestehen am Arbeitsmarkt (zumindest rechnerisch) auch nur bei den Fachkrafttätigkeiten, die einen beruflichen oder hochschulischen Abschluss voraussetzen, und nicht bei den an- und ungelernten Helfern Engpässe (Geis-Thöne, 2022). Nimmt man vor diesem Hintergrund nur die zugewanderten Personen im Alter zwischen 25 und 64 Jahren in den Blick, die über einen Ausbildungs- oder Studienabschluss verfügen, kommt man für das Jahr 2024 auf eine Gesamtzahl von 6,25 Millionen Personen. Dies entspricht 17,6 Prozent aller Personen mit Ausbildungs- oder Studienabschluss und 14,0 Prozent der Gesamtbevölkerung in diesem Alter (Statistisches Bundesamt, 2026b; eigene Berechnungen).

Am höchsten waren die Anteile der zugewanderten Personen an der qualifizierten Bevölkerung im Jahr 2024 in Berlin mit 27,1 Prozent, Bremen mit 24,7 Prozent und Hamburg mit 24,4 Prozent sowie unter den Flächenländern in Hessen mit 22,4 Prozent und Baden-Württemberg mit 21,4 Prozent. Hingegen erreichten sie in Mecklenburg-Vorpommern mit 6,9 Prozent, Sachsen-Anhalt mit 7,1 Prozent und Brandenburg mit 7,4 Prozent nur

rund ein Drittel des Niveaus der letztgenannten beiden Länder.

Betrachtet man die Anteile der zugewanderten Personen an der Gesamtbevölkerung im Alter zwischen 25 und 64 Jahren, kommen Berlin auf 20,7 Prozent, Hamburg auf 18,7 Prozent, Bremen und Hessen auf jeweils 17,2 Prozent, Baden-Württemberg auf 17,1 Prozent und Bayern auf 16,1 Prozent. Der Abstand zwischen den Stadtstaaten und den Top-Flächenländern ist hier also deutlich geringer. Gleichzeitig erreichen die Schlusslichter Mecklenburg-Vorpommern mit 6,3 Prozent und Brandenburg und Sachsen-Anhalt mit jeweils 6,4 Prozent erneut nur rund ein Drittel dieses Niveaus (Statistisches Bundesamt, 2026b; eigene Berechnungen).

Wechselt man die Perspektive, unterscheiden sich auch die Anteile der Fachkräfte an den zugewanderten Personen im Alter zwischen 25 und 64 Jahren regional sehr stark. Am höchsten sind sie in Mecklenburg-Vorpommern mit 67,6 Prozent, Sachsen mit 66,8 Prozent und Bayern mit 63,3 Prozent. Weit niedriger liegen sie in Bremen mit 46,0 Prozent, im Saarland mit 50,4 Prozent und in Nordrhein-Westfalen mit 50,6 Prozent. Für

Gesamtdeutschland ergibt sich ein Wert von 56,5 Prozent (Statistisches Bundesamt, 2026b; eigene Berechnungen).

Richtet man den Fokus auf die hochqualifizierten Personen, die insbesondere auch für die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft von besonderer Bedeutung sind, liegt der Anteil der Akademiker an den Zuwanderern im Alter zwischen 25 und 64 Jahren in Berlin mit 41,9 Prozent am höchsten, gefolgt von Sachsen mit 37,0 Prozent und Brandenburg mit 34,1 Prozent. Am niedrigsten ist er im Saarland mit 16,3 Prozent sowie Bremen und Niedersachsen mit jeweils 19,4 Prozent. (Statistisches Bundesamt, 2026b; eigene Berechnungen).

Setzt man die hochqualifizierten Zuwanderer ins Verhältnis zu allen Personen im Alter zwischen 25 und 64 Jahren mit akademischen Abschlüssen, liegt Berlin mit 35,1 Prozent ebenfalls an der Spitze, gefolgt von Bremen mit 28,1 Prozent, Hessen mit 27,3 Prozent, Hamburg mit 26,8 Prozent und Bayern mit 26,3 Prozent. Am unteren Ende finden sich Brandenburg mit 16,2 Prozent und Mecklenburg-Vorpommern mit 17,3 Prozent.

Betrachtet man den Anteil der zugewanderten Personen mit akademischen Abschlüssen an der Gesamtbevölkerung, sticht Berlin mit 14,3 Prozent sehr stark heraus. Ihm folgen Hamburg mit 9,9 Prozent und Hessen mit 7,7 Prozent. Am unteren Ende finden sich Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt mit jeweils nur 3,0 Prozent (Abbildung). Allerdings muss man bei der Interpretation dieser Werte im Blick behalten, dass in Berlin insgesamt 40,7 Prozent der Personen im Alter zwischen 25 bis 64 Jahren Akademiker sind, in Sachsen-Anhalt aber nur 16,3 Prozent (Statistisches Bundesamt, 2026b). Dies dürfte sich zu bedeutenden Teilen damit erklären, dass Berlin als Hauptstadt vielen Akademikern besonders gute Job-Perspektiven bietet. Auch Hamburg und Bremen nehmen hier als Großstädte gegenüber den Flächenländern eine Sonderstellung ein.

Dennoch müssen gerade die ostdeutschen Flächenländer, wo bislang noch vergleichsweise wenige zugewanderte Personen leben, vor dem Hintergrund ihrer ungünstigen demografischen Ausgangslage in den nächsten Jahren verstärkt darauf hinarbeiten, Fachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen. Dazu benötigen sie einen guten institutionellen Rahmen, der eine zeitnahe

Vergabe von Visa an qualifizierte Personen aus Drittstaaten ermöglicht. Hinzukommen muss eine gezielte werbende Ansprache der in Frage kommenden Fachkräfte, wie sie auf Bundesebene etwa durch das Portal „Make it in Germany“ erfolgt. Auch sollte darauf hingearbeitet werden, mehr junge Menschen aus dem Ausland bereits zur Ausbildung nach Deutschland zu holen. Dass sich dies trotz der Gebührenfreiheit des Studiums aus fiskalischer Sicht insgesamt sehr stark rechnet, zeigen Berechnungen von Geis-Thöne et al. (2025). Um die positiven Effekte weiter zu stärken, sollten Unterstützungsinfrastrukturen an den Hochschulen, wie sie von Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt und DAAD im Rahmen der Campus Initiative gefördert wird, weiter ausgebaut werden.

Gleichzeitig muss auch im Blick behalten werden, dass eine stärkere Zuwanderung von Fachkräften wenig nützt, wenn diese nach kurzer Zeit das Land wieder verlassen. Dies geschieht umso weniger, je attraktiver das Arbeits- und Lebensumfeld ist, dass sich ihnen hier bietet. Dies ist wiederum auch zu bedeutenden Teilen eine Frage der Willkommenskultur und Weltoffenheit der Bevölkerung. Diese ist gerade dort besonders wichtig, wo bisher noch wenige Fachkräfte aus dem Ausland leben.

Literatur

Geis-Thöne, Wido, 2022, Die Bedeutung der Zuwanderung für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands, IW-Analyse, Nr. 151, Köln

Geis-Thöne, Wido / Obst, Thomas / Plünnecke, Axel / Betz, Julia, 2025, Volkswirtschaftliche Effekte der Zuwanderung über die Hochschulen. Auswirkungen auf öffentliche Haushalte und Wertschöpfung in Deutschland, Gutachten im Auftrag des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD), Köln / Berlin

Statistisches Bundesamt, 2026a, GENESIS Online Datenbank, <https://www-genesis.destatis.de/datenbank/online> [26.3.2026]

Statistisches Bundesamt, 2026b, Migration - Ergebnisse aus dem Mikrozensus, Bevölkerung im Alter von 25 bis unter 65 Jahren in Privathaushalten 2024 nach Einwanderungsgeschichte und beruflichem Abschluss, Sonderauswertung für das IW Köln